

F 150



Leipzig, 10. Februar 1933

Nr. 6 Vierzehnter Jahrgang

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion: Allgem. Jüdisches Familienblatt, Löhstr. 6.
Alle Zuschriften und Sendungen nur an die Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27489
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittag.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugpreise: Für Leipzig 50 Pfg. monatlich, auswärts 70 Pfg. (inklusive Zustellgebühr). Abonnements nehmen alle Postämter entgegen. Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.— Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.20 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle Brüderstraße 19, Dresden A. 1, L. Gerber Georgplatz 2.

Provisorium?

Wenn sich bezüglich des Schicksals der gegenwärtigen Reichsregierung Zweifel regen, so betrifft diese Unsicherheit nicht die Frage, ob die Reichskanzlerschaft Hitlers dauernd oder vorübergehend ist, sondern der ebenso wichtigen, ob die Zukunft nicht noch eine Verstärkung der Position der nationalsozialistischen Führung im Kabinett bringen wird. Die Tatsache der Reichskanzlerschaft Hitlers und deren Dauer kann nicht als eine vorübergehende Erscheinung gewertet werden. Fraglich bleibt, ob die im Flusse befindliche Entwicklung nicht eine Erschwerung der Situation für alle diejenigen bringen wird, die aus den verschiedensten Gründen eine nationalsozialistische Herrschaft ablehnen.

Besonders wir Juden in Deutschland müssen mit dem Aufgebot größter Aufmerksamkeit die sich vollziehenden Dinge verfolgen und uns wenigstens innerlich bei Zeiten auf alle Möglichkeiten gefaßt machen. Zunächst ist notwendig, sich ins Bewußtsein zu hämmern, daß der 30. Januar, der Tag, an dem Hitler zum Reichskanzler Deutschlands ernannt wurde, einen vorläufigen Abschluß einer Entwicklung der jüdischen Position in Deutschland brachte, die sich seit Jahren vorbereitet hat. Wenn es gestattet ist, eine sprachliche Neubildung zu gebrauchen, so kann man die Situation der deutschen Juden folgendermaßen charakterisieren: Die „Ausvolkung“ der Juden in Deutschland, die nicht nur von Nationalsozialisten sondern auch von den meisten rechtsstehenden Gruppen seit Jahren erstrebt wurde, ist nunmehr offizielle Regierungsmaxime. Die Ausbürgerung ist nicht erfolgt und dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach formal auch kaum durchgeführt werden. Die Juden in Deutschland sind Staatsbürger und werden Staatsbürger bleiben. Aber der Zustand wird für voraussichtlich lange Zeit andauern, der bereits von der Regierung Papen eingeleitet wurde: Die Fernhaltung des jüdischen Elementes aus allen repräsentativen Betätigungen staatlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der deutschen Gemeinschaft. Der Rechtszustand und die praktische Stellung der Juden in Deutschland werden ungefähr die Form haben, wie es die Situation eines Stadtgenossen im alten Rom war, der das Recht des „commercium“ hatte, vom

„conubium“ ausgeschlossen war und daher auch kein vollgültiger Bürger im familienrechtlichen und Stammessinne werden und auch nicht einen Anteil an den internsten Angelegenheiten der „tribus“ haben konnte und darum auch nicht als Volksgenosse galt. Formal werden die Juden trotz des nationalsozialistischen Programmes aller Voraussicht nach Bürger des Staates bleiben. Real werden sie jedoch in einem sich immer verstärkendem Maße aus der vollen Anteilnahme an den verschiedenen Sparten des öffentlichen Lebens ausgeschlossen sein.

Hitler ist seit dem 30. Januar Reichskanzler und weder die Regierung noch die zum Rang einer Regierungspresse avancierten

Abonnementspreis
monatlich nur
50 Pfg.
exkl. Zustellgebühr ausserhalb Leipzigs

nationalsozialistischen und übrigen rechtsradikalen Blätter haben bisher zur Judenfrage grundsätzlich Stellung genommen. Die Fälle, in denen wie eine alte biedre jüdische Frau in Berlin nach Anhörung von Hitlers Rundfunkrede sagte: „Man will uns nicht totschiessen, er hat unserer nicht mit einem Wort gedacht“, dürfen nicht vereinzelt sein. Eine derartige naive Schlußfolgerung aus dem Stillschweigen im antisemitischen Blätterwalde und der Zurückhaltung in amtlichen Erklärungen ist durchaus nicht am Platze. In manchen jüdischen Kreisen scheint die Vorstellung zu herrschen, daß eine Revolution — und in Bezug auf die Juden handelt es sich um eine einschneidende Umwälzung — nur mit Donner und Blitz beginnen muß. Es hat schon in der menschlichen Geschichte Revolutionen ungeheuersten Ausmaßes gegeben, deren Adagio sanft und lieblich gewesen ist. Nun ist der Beginn von Hitlers Kanzlerschaft ohne Knall und Blitz vor sich

gegangen, aber sanft und lieblich hinwiederum ist er auch nicht gewesen. Allerdings hat verhältnismäßig Ruhe auch in bezug auf das Verhalten von sonst gegenüber Juden exzessbereiten S.A.-Truppen geherrscht. Man darf sich auf jüdischer Seite nicht einbilden, daß in Regierungskreisen, namentlich aber bei dem nationalsozialistischen Partner, das Bestreben obwaltet, all die in der Agitation gegen die Juden ausgestoßenen Drohungen und in Aussicht gestellten Maßnahmen der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. In den wenigen Tagen der hitlerischen Kanzlerschaft konnte man nur feststellen, daß man unserer nicht gedacht hat. Daraus folgt jedoch nicht, daß die nationalsozialistischen Minister und ihre Parteifreunde auch nur einen Moment lang darauf verzichtet haben, den gefühlsmäßigen Unterbau der Nazi-Bewegung, wie der Judenhaß in offiziellen nationalsozialistischen Programm-Kommentar des Abgeordneten Feder genannt wird, aufzugeben. Es dürfte vielmehr zutreffen, daß Hitler von seinen Ministerkollegen und zwar denjenigen, die wie der Außenminister oder Finanzminister eine größere politische Erfahrung als aktive Staatsmänner besitzen, oder wie Hugenberg, der im Mittelpunkt des Geschäftslebens, im Handel und Wandel, drinsteckt, darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man ungeachtet des Bedürfnisses, Millionen von Anhängern irgendeinen sichtbaren Erfolg gegenüber der Judenheit zu zeigen, sich mit Rücksicht auf verschiedene Faktoren eine gewisse Zurückhaltung auferlegen mußte. Ferner ist daran nicht zu vergessen, daß Hitler wohl das höchste Amt bekleidet, aber vorläufig noch nicht der ausschließliche Inhaber der Macht ist. Gerade die nächsten Wahlen scheinen den Sinn zu haben, seine Machtposition gegenüber seinen Partnern zu stärken. Ob diese Absicht gelingen wird, kann niemand voraussagen. Man muß aber mit der Möglichkeit rechnen, daß das Ergebnis der Wahlen, Hitlers Position außerordentlich stärken, ihn ein besonderes Übergewicht verleihen und ihn von mancherlei Rücksicht, die er heute noch zu üben gezwungen ist, befreien wird. Nicht, daß man der Ansicht sein sollte, Hitler legt tatsächlich auf Parlament und Stimmzahl das ausschlaggebende

CT CASINO DAS TANZKABARETT
TÄGLICH: DIE GROSSE FASCHINGS-REVUE
HALLO! WIR SCHALTEN UM...
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 5 Uhr-Tee

KAFFEE DAS HAUS DER GUTEN MUSIK
Nachmittags — abends
Stimmungskonzerte

SALE noch einige Tage frei!

95 Universitätsbibliothek
1599 Beethovenstr. 6